

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

141 (23.6.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 38, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-61, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustelgeb. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Stadt Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 141

Freitag, 23. Juni 1950

Preis 15 Pf.

Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland bestätigt

Die Dementis entkräften nichts — Westdeutsches Friedenskomitee ruft zur Verteidigung des Friedens auf

Bonn. (EB) Unruhe und Empörung hat sich der Bevölkerung bemächtigt, als bekannt wurde, daß Brücken wieder mit Sprengkammern versehen werden und am Mittelrhein umfangreiche Kriegsvorbereitungen im Gange sind. Mit Schreck erfuhr vor allen Dingen die Bevölkerung der mittelrheinischen Städte und Dörfer, daß beachtlich ist, durch die Sprengung des Lorelei-Felsens und anderer Felsenwände den Rhein zu stauen, wodurch ganze Gebiete, zahlreiche Dörfer und Städte überflutet würden.

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy sah sich durch die Unruhe in der Bevölkerung genötigt, die in den verschiedensten westdeutschen Zeitungen veröffentlichten Meldungen und Fotos zu dementieren und als krassen Unsinn zu bezeichnen. Dieses Dementi des amerikanischen Hohen Kommissars kann jedoch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß am Fuß der Lorelei 22 Sprengschächte von 4,5 m Tiefe in die Straße gebohrt wurden. Tatsache ist weiterhin, daß Sprengstellen in die Felsenwände am Rhein getrieben wurden. Solche Sprengschächte wurden in großer Anzahl auch in den Seitentälern des Rheins angelegt. Die Anlegung dieser Sprengschächte und Sprengstellen kann nur den Zweck verfolgen, durch Sprengung der Feldwände evtl. unter Anwendung von Atomenergie, den Rhein an seiner schmalsten Stelle zu stauen.

Wie der Korrespondent der amerikanischen Agentur A. P. meldet, erhielt er auf einen Anruf bei der französischen Militärregierung in Koblenz folgende Antwort: „Derartige Maßnahmen werden nicht nur von den Franzosen getroffen. Sie geschehen auf Anordnung des alliierten Oberkommandos. Ich versichere Ihnen, daß diese Maßnahmen nicht nur in der französischen Zone und nicht nur entlang des Rheins, sondern überall in Westdeutschland getroffen werden. Es wäre ratsam, nicht darüber zu sprechen.“

Die Antwort ist eine Bestätigung der in der deutschen Presse verbreiteten Meldungen. Auch McCloy sah sich gezwungen, in seinem Dementi zuzugeben, daß „gewisse Sprengpläne“ bestünden.

Die Kriegsvorbereitungen am Rhein, wie an anderen Stellen Westdeutschlands, bestätigen die ungeheure Gefahr für unser Volk und unsere Heimat, die durch die Politik der Kriegstreiber heraufbeschworen wird. In den Plänen der Atlantikpakt-Macht soll Westdeutschland in eine tote Zone verwandelt werden, soll die Politik der „verbrannten Erde“ in bisher nicht gekanntem Umfang auf Westdeutschland Anwendung finden. Die Deutschen wollen keinen Krieg, wir wollen in unserer Heimat

keine tote Zone, wir wollen darum keine Kriegsvorbereitungen und keine Sprengkammern, weder in den Brücken, noch in den Straßen oder an den Felsenwänden des Rheins. Wir wollen den Frieden und freundschaftliche Beziehungen mit allen friedliebenden Völkern. Diesen, unseren Friedenswillen müssen wir vor aller Welt bekunden. Wir müssen zeigen, daß wir zur Verteidigung des Friedens bereit sind, indem wir gegen die in Westdeutschland im Gange befindlichen Kriegsvorbereitungen kämpfen.

Komitee der Kämpfer für den Frieden Westdeutschlands.

Alliierte pfeifen auf Immunität

Bonn. (n. dpa) Die Alliierte Hohe Kommission hat Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie die volle Immunität der Abgeordneten des Bundestages und der Landtage nicht anerkenne. Für diese gälten die Bestimmungen des

Besatzungsstatuts und die Alliierten behielten sich die richterliche Gewalt auch gegenüber den Abgeordneten vor.

Die Praxis der westlichen Alliierten entsprach bisher bereits dem von ihnen jetzt verkündeten Grundsatz. Eine Reihe kommunistischer Abgeordnete, als erster der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, wurden Opfer dieser Praxis. Die Alliierten haben sich jetzt nur bequem, offen einzugestehen, daß sie in Westdeutschland auf die in aller Welt geltenden Rechte der Abgeordneten auf Immunität pfeifen. Damit haben sie auch auf diesem Wege erneut den Kolonialcharakter Westdeutschlands bestätigt.

Hessens Landtagsmehrheit mit Militarisierung einverstanden

Wiesbaden. (dpa) Der hessische Landtag lehnte mit Mehrheit einen Dringlichkeitsantrag der KPD-Fraktion, bei der amerikanischen Besatzungsmacht gegen die Errichtung militärischer Anlagen in Hessen zu protestieren, ohne Aussprache ab.

Zerbrecht den Pakt der Kanonenkönige

Kampfbündnis der deutschen und französischen Gewerkschaften von höchster Bedeutung für Erhaltung des Friedens

Berlin. (EB) Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten soll der Schuman-Adenauer-Plan die Vorbereitung für die profitbringende Ausnutzung der französischen und westdeutschen Schwerindustrie im Interesse des amerikanischen Monopolkapitals auf Kosten der Arbeiterschaft beider Länder sichern. Gerade im Hinblick auf diese gesteigerten Kriegsvorbereitungen kommt der gemeinsamen Erklärung der beiden mächtigen Gewerkschaftsverbände gegen den Schuman-Plan eine besondere Bedeutung zu.

Mit dieser Erklärung nimmt das Politbüro der SED zum Abkommen zwischen dem französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund Stellung und fährt fort:

„Die in der Erklärung beschlossenen ge-

meinsamen Aktionen der französischen und deutschen Arbeiterklasse sind ein Teil des internationalen Kampfes gegen die Kriegstreiber, für die Erhaltung des Friedens. Das Abkommen stellt einen Schritt von weltpolitischer Tragweite im Kampf um den Frieden dar. Dieses Programm der internationalen

Solidarität und Aktionseinheit der Arbeiterklasse kennzeichnet zugleich den Willen des französischen und des deutschen Volkes, sich niemals für einen Krieg gegen die Sowjetunion, die an der Spitze des Weltfriedens steht, mißbrauchen zu lassen. Das Politbüro der SED ruft die gesamte friedliebende Bevölkerung, insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften der Betriebe, auf, die in der gemeinsamen Erklärung der beiden Gewerkschaftsverbände vorgesehenen Aktionen mit allen Mitteln zu unterstützen.

Junggewerkschafter gegen Böckler-Erlaß

Jugendversammlung bei Daimler-Benz, Mannheim, fordert Solidarität des DGB-Vorstandes mit der Friedensbewegung

Junggewerkschafter gegen Böckler-Erlaß! Jugendversammlung bei Daimler-Benz Mannheim fordert Solidarität des DGB-Vorstandes mit der Friedensbewegung. Mannheim. (EB) Gestern fand bei der Daimler-Benz AG Mannheim eine Gewerkschaftsjugendversammlung statt, die sich nach eingehender Diskussion in einer Entschließung gegen das Rundschreiben des Bundesvorstandes des DGB, Dr. Böckler, wandte, in welchem die Gewerkschaftsmitglieder gewarnt wurden, sich an der Friedensbewegung zu beteiligen und die Drohung mit Ausschluß bei einer Tätigkeit für die Friedensbewegung ausgesprochen wurde.

In der Entschließung heißt es, daß nach den Satzungen des DGB sich die Gewerkschaften parteipolitisch neutral und unabhängig verhalten wollen und den Mitgliedern die volle Meinungs- und Koalitionsfreiheit zusichert. Das bedeutet, daß ein Gewerkschaftsfunktionär dies solange sein könne, als er vom Vertrauen der Mitglieder getragen werde und seine Kenntnisse und Fähigkeiten für die Gewerkschaftsbewegung unter Beweis stelle.

Außer diesen Feststellungen heißt es in der Resolution der Junggewerkschafter, „daß angesichts der gesteigerten Kriegsvorbereitungen die Arbeit der Friedensbewegung einem Ziel dient, mit dem Millionen Gewerkschaftsmitglieder übereinstimmen, denn es geht dabei um die Erhaltung des Friedens.“

Die jungen Gewerkschafter haben kein Bedürfnis, einen neuen Krieg erleben zu wollen, so heißt es ferner, und ein dritter Weltkrieg, der die gesamte Menschheit mit

teilt, weil es im Widerspruch zu den Interessen der Gewerkschafter und aller friedliebenden Menschen stehe.

Statt sich gegen die Friedensbewegung zu stellen, halten die jungen Gewerkschafter von Daimler-Benz Mannheim es für notwendig, daß sich alle Gewerkschaftsfunktionäre einschließlich des Bundesvorstandes mit der Friedensbewegung solidarisch erklären und mit allen ihren Kräften den Bestrebungen dienen müßten, die der Menschheit eine neue Katastrophe und den dritten Weltkrieg ersparten.

Theaterdonner um die Verwaltungsreform

Krach zwischen Ministerpräsident und Regierungsparteien — Der Finanzausschuß weist Etat an die Regierung zurück

Stuttgart. Im Finanzausschuß des Landtages kam es in der letzten Sitzung zu einer heftigen Debatte über die letzten Reden des Ministerpräsidenten Maier zur Verfassungsreform. Der Ausschuß beschloß einstimmig, die Etat-Beratungen zu unterbrechen und die Haushaltspläne aller Ministerien der Regierung zu einer nochmaligen Überprüfung der Stellenanforderungen zurückzugeben. Bis nächsten Dienstag erwartet der Finanzausschuß von der Regierung und Ministerpräsident konkrete Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform.

Von dem Vorsitzenden der kommunistischen Landtagsfraktion, Leibbrand, wird uns dazu mitgeteilt: „Ministerpräsident Dr. Maier hält landauf und landab Reden, in denen er sich als den einzigen Vorkämpfer der Verwaltungsreform anpreist, der allein auf weiter Flur gegen den Widerstand der Ministerien und des Landtags für den Abbau des aufgeblähten Behördenapparates kämpft. Zur gleichen Zeit aber legt derselbe Ministerpräsident Dr. Maier dem Landtag Haushaltspläne vor, in denen in vielen Behörden weitere Stellenvermehrung vorgeschlagen wird. Dieses Doppelspiel nahmen die Regierungsparteien ihrem Ministerpräsidenten übel. Sie sind erobert darüber, daß Maier auf ihre Kosten die Verwaltungsreform zu seinem Propagandaschlag für die kommenden Wahlen machen will. Beiden Seiten geht es dabei nur um die Propaganda. Von einer echten Verwaltungsvereinfachung kann in diesem reaktionären, volksfremden Staat und unter dieser Regierung keine Rede sein. Je länger der Ministerpräsident samt den Regierungsparteien von der Verwaltungsreform reden, um so mehr nimmt die Zahl der Beamten zu. In den wenigen Ämtern, wo durch den Wegfall von Aufgaben, z. B. in der Bewirtschaftung, ein Stellenabbau erfolgte, traf er fast ausschließlich die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, während die höheren Beamten gehalten wurden.“

Wie der Ministerpräsident selbst die von ihm so laut gepredigte sparsame Verwaltung versteht, zeigt praktisch ein Beispiel aus seinem eigenen Ministerium, dem Staatsministerium. Die ihm direkt unterstellte „Vertretung des Landes Württemberg-Baden bei der Bundesregierung in Bonn“ soll von vier auf sechs höhere Beamte vergrößert werden. Der Leiter, bisher Ministerialrat, soll zum Ministerialdirektor befördert werden, mit der einzigen Begründung, daß die anderen westdeutschen Länder es auch so machen. Diese sechs Beamte

25 deutsche Söldner-Divisionen
fordert der amerikanische Abgeordnete Poage und sagt:
„Ich weiß, daß die Aufstellung der von mir vorgeschlagenen Formationen zahllosen jungen Amerikanern das Leben retten wird.“
Daß dieser teuflische Plan des Mr. Poage niemals Wirklichkeit werde, dafür zeichnet sich die deutsche Jugend in die Unterschriftenlisten für das Verbot der Atombombe ein.
Gibt Deine Unterschrift für die Stockholmer Friedensbeschlüsse, für das Verbot der Atomwaffe!

Schumanplan richtet sich gegen das deutsche Volk

Im Uhrensaal des Quai d'Orsay in Paris tagt die „Schumanplan-Konferenz“. Hier sind die Vertreter der Schwerindustrie Westeuropas einschließlich des westdeutschen Separatstaates versammelt, um den Auftrag der amerikanischen Imperialisten entgegenzunehmen, um die Voraussetzungen zu schaffen, zum weiteren Ausbau des Rüstungspotentials Westeuropas.

Zwar versucht man, diese Aufrüstungspläne mit schönen Worten von der Verteidigung der westeuropäischen Kultur und vom Wiederaufbau zu vertuschen. Doch ist die Rolle des Schuman-Plans schon weitgehend gekennzeichnet durch die Tatsache, daß es in allen Ländern die Monopolkapitalisten sind, die sich für die Verwirklichung der Ziele dieses Planes einsetzen. Selbst britische Gewerkschafter sind dieser Ansicht. So zum Beispiel der Generalsekretär der britischen Eisenbahngesellschaft J. B. Figgins, der nach einer Meldung des „Telegraph“ vom 16. Juni 1950, von dem Schuman-Plan als Herrschaft von Vertretern „des reaktionärsten privaten Unternehmertums“ spricht, „daß die Welt jemals gesehen hat“.

Um die Verwirklichung des Schuman-Plans ging es auch in Düsseldorf wo der amerikanische Hochkommissar McCloy vor dem Studienausschuß der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen den Ruhrindustriellen die Marschroute angab. Die Ruhrindustriellen müßten nach McCloy noch mehr rationalisieren — das bedeutet gesteigerte Ausbeutung. Das notwendige Kapital für Investitionen müßte nach McCloy aus den Taschen der Werktätigen kommen. Sagte er doch: „Pläne müßten ausgearbeitet werden zur Förderung der Spartanität eines jeden Deutschen, der zu sparen in der Lage ist.“ Die Produktionskosten sollen gesenkt werden, d. h. auf gut deutsch, die Löhne sind ihm zu hoch und wenn das „Vertrauen“ der ausländischen Kapitalgeber erworben ist, soll es ausländisches Kapital geben.

Und trotzdem McCloy von solchen Dingen spricht, von denen man annehmen kann, daß sie den Beifall der Schwerindustriellen finden, gab es doch einen Zwischenfall, der von der westdeutschen Presse verschwiegen oder nur ungenügend wiedergegeben wurde. Die „New York Times“ berichtete schon am 17. Juni 1950 darüber:

„Einer unter den Anwesenden, Theodor Goldschmidt, Präsident der Handelskammer Essen, beschwerte sich über die Besatzungskosten, über hohe Steuern, die Denontage und das Versagen der Alliierten, das Flüchtlingsproblem zu lösen, das seinen Ausführungen nach Angelegenheit sei, auf Grund der Abmachung zwischen Roosevelt und Churchill.“

McCloy, der sich unerwartet von einem seiner deutschen Gefolgsleute aus dem Konzept gebracht sah, packte nun seinerseits aus:

„Vergessen Sie nicht“, sagte er, „wer diesen Krieg begann. Ob die hier anwesenden Herren dafür persönlich verantwortlich sind“ (Fortsetzung auf Seite 2)

Am Streiflicht gesehen

Drei Bergleute eingeschlossen

Herbede. (dpa) Durch den Bruch eines Strebs wurde auf der Zeche Jupiter in Herbede am Mittwochmorgen drei Bergleute eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind außerordentlich schwierig. Die drei verschütteten Bergleute machen sich noch durch Klopfzeichen bemerkbar. Man hofft, sie bald bergen zu können.

Münchener Polizeipräsident belastet

München. (dpa) Im Münchener Goldschieberprozeß erklärte der Hauptangeklagte Josef Schäffler, daß Polizeipräsident Franz Xaver Pitzer am Goldgeschäft durch Bankdirektor Leonhard prozentual beteiligt werden sollte. Durch Mitwisser Leonbards sei ihm mehrere Male gesagt worden, daß Pitzer „seiner Polizei“ die Goldtransporte decken würde. Der Schuhkaufmann Fritz Tretter, ein Freund des Gemeindebankdirektors, hätte ihm gesagt, daß man das Gold jetzt ruhig auf einen Kübler binden und öffentlich durch München fahren könne, denn mit Pitzer sei alles abgesprochen. Tretter hätte auch erzählt, daß der Polizeipräsident immer wieder Geld von der Gemeindebank abhole.

Frühlingsabschied mit Hagelschlag

Paris. (dpa) Der diesjährige Frühling brachte Frankreich in wahlloser Folge Kälteperioden, Hitz-

wellen, Hagelschlag und Wolkenbrüche. Am Dienstag verabschiedete er sich mit einem Hagelschlag, der insbesondere das Gebiet zwischen Angers und Le Mans heimsuchte. Es fielen Hagelkörner bis zu einem Gewicht von zweihundert Gramm. Der Sachschaden beläuft sich auf eine halbe Milliarde Francs. In Montreuil-Belfroy wurde eine große Drahtzieherei so schwer beschädigt, daß das Werk vierzehn Tage stillgelegt werden muß.

Windhose über Holland

Amsterdam. (dpa) Im Nordwesten der holländischen Provinz Brabant wurde von einer Windhose schwerer Schaden verursacht. Zahlreiche Obstbäume wurden enturzelt. Dachpfannen und Zäune wurden Hunderte von Metern fortgetragen. 25 Häuser erlitten schwere Beschädigungen. In Utrecht richteten Hagelkörner, die zum Teil taubengroß waren, schwere Verwüstungen in Obstgärten an.

Ueberraschende Explosion auf Schiffswrack

Kiel. (dpa) Auf dem Wrack des Schiffes „Lisbeth Cords“ in der Eckernförder Bucht erfolgte nach dem Abschluß der täglichen Sprengarbeiten aus bisher ungeklärter Ursache eine heftige Explosion, bei der zwei Personen getötet wurden.

(Fortsetzung von Seite 1)

oder nicht. Denken Sie an den Krieg und all das Elend, das folgte, und daß dieses auf deutschem Boden geboren und gezeugt wurde, wofür Sie die Verantwortung auf sich nehmen müssen."

Wen aber trifft die Verantwortung für den Krieg, der heute auf westdeutschem Boden vorbereitet wird, wovon der Schuman-Plan ein Teil ist?

Nicht nur, daß die Kriegsgefahr durch die Verwirklichung dieses Planes wächst, die werktätige Bevölkerung in Westdeutschland wird sehr bald merken, wie die bisherigen und auch die weiteren Kriegsvorbereitungen einschließlich Schuman-Plan dazu angehen, ihre Lebenshaltung zu verschlechtern. Nach den vorgesehenen Erhöhungen der Preise für Brot und andere Lebensmittel soll z. B. nun auch der Inlandpreis für Kohle erhöht werden, bei einer gleichzeitig geforderten Herabsetzung der Exportpreise, wodurch wir den Export der Kapitalisten anderer Länder finanzieren helfen sollen. Adenauer schlägt beispielsweise vor, die Erhöhung der westdeutschen Inlandskohlenpreise der Schumanplan-Behörde zu übertragen.

Der Hergabe der deutschen Industrie für den Schumanplan, das ist nationaler Verrat. Es darf keinem ehrlichen Deutschen gleichgültig sein, ob deutsche Fabriken und Unternehmen einer fremden Behörde, also ausländischen Kapitalisten unterstellt werden. Westdeutsche Arbeiter und Antestellte aber werden sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln wehren, dagegen, daß ausländische Monopolkapitalisten darüber zu entscheiden haben, ob die westdeutschen Betriebe und Bergwerke für immer oder zeitweise stillgelegt werden.

Der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen

Vom Sekretariat des Parteivorstandes der KPD wird uns geschrieben:

Die Wahlen vom 18. Juni 1950 im Lande Nordrhein-Westfalen müssen nicht nur für die Mitglieder und Funktionäre der Kommunistischen Partei, sondern für alle Deutschen, die sich um das Schicksal unserer Heimat sorgen, Anlaß sein, ernsthafte Lehren zu ziehen.

Nach den Wahlen zum Bundestag erklärte unsere Partei, daß die Stimmabgabe der Bevölkerung Westdeutschlands einen ersten Fehlschlag bedeute. Sie erklärte damals weiter, daß die reaktionären Kreise Westdeutschlands das Wahlergebnis sicherlich dazu benutzen würden, um den von den Kolonialherren erwünschten Kurs zur Vorbereitung eines neuen Krieges und zur verstärkten Ausplünderung der werktätigen Massen beschleunigt durchzuführen.

Es ist der reaktionären Führung der CDU und der FDP am 18. Juni noch einmal gelungen, die Massen irrezuführen und ein für sie günstiges Resultat zu erzielen. Ja, es konnte der Adenauer-Clique sogar gelingen, eine Mehrheit für die Annahme ihrer volksfeindlichen Verfassung zu erzielen, für eine Verfassung, welche die Bevölkerung noch nicht einmal kannte.

Diese Verwirrung der Bevölkerung im wichtigsten Lande Deutschlands erreichten die Adenauer, Erhard und Blücher dadurch, daß sie die Aufmerksamkeit abzulenken verstanden und den entscheidenden Problemen unseres Volkes: von der Vorbereitung eines neuen Krieges durch den amerikanischen Imperialismus und seine Helfershelfer in der Auslieferung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Ar-

beiter an die aus- und inländischen Konzernherren und der wachsenden Verschlechterung der Lebensbedingungen der westdeutschen Bevölkerung.

Durch hemmunglose Lüge und Verleumdung, durch Gewissenszwang und dem Mißbrauch religiöser Gefühle, durch ein skrupelloses Spiel mit dem Leid der Hinterbliebenen der Gefallenen des Hitlerkrieges, durch den Haßfeldzug gegen die Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen gelang es, die Urteilskraft vieler Wähler zu schwächen.

An dieser Desorientierung der werktätigen Bevölkerung hat der verhängnisvolle Kurs der rechten Führer der SPD einen wesentlichen Anteil. Sie wetteiferten mit den Wortführern der Reaktion in antikommunistischer Hetze. Sie richteten ihr Feuer fast ausschließlich gegen links und halfen so, der Reaktion ihr Spiel zu erleichtern. Die Folge davon wird sein, daß auch in Nordrhein-Westfalen die Regierung mit dem Bonner reaktionären Block restlos gleichgeschaltet wird.

Wer aus dem Wahlergebnis des 18. Juni einen Vertrauensbeweis für die Politik des Bonner Systems herausliest, täuscht sich.

Dieselben Wähler, die sich am Sonntag noch einmal von antikommunistischen Tiraden und Schauerreden aus der Requisitionskammer des Dr. Göttsches irreführen ließen, sind heute schon von tiefem Mißtrauen gegen die volksfremde Millionärsgovernment und ihre ausländischen Auftraggeber erfüllt. Sie werden sich morgen gegen diejenigen wenden, für die sie gestern noch stimmten.

Es unterliegt keinem Zweifel: Die Stimmabgabe für die Parteien, die das Bonner Regime repräsentieren, bedeuten keine Zustimmung zur Eingliederung der westdeutschen Bevölkerung in den Kriegsblock unter amerikanischer Führung, keine Zustimmung zur wüßelosen Unterschrift Adenauers unter das Petersberger Abkommen, keine Zustimmung zur wüßelosen -Unterschrift Adenauers unter das Petersberger Abkommen, keine Zustimmung zum Ruhr- und Besatzungsstatut, keine Zustimmung zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands, keine Zustimmung zu den Millionengeschenken an die Reichen, keine Zustimmung für die volksfremde aufgeblasene Bonner Bürokratie, keine Zustimmung zu Lohn- und Rentenabbau und keine Zustimmung zur kalten Mißachtung der Forderung der Kriegsgesop-

fer der Fliegergeschädigten und andere Opfer des Krieges.

In dieser Feststellung liegt bereits die klare Aufgabenstellung für die Mitglieder unserer Partei. In dieser Feststellung liegt auch der Beweis für die Fragwürdigkeit des Wahlerfolges der reaktionären Kräfte. Millionen von Nichtwählern, ja auch Millionen von Wählern der Adenauer und Blücher sind Gegner ihrer Politik und können morgen schon Kämpfer gegen ihre Politik sein. 338 000 Wähler der KPD bedeuten inmitten der Flut der gegen unsere Partei anstürmenden Verleumdungen und haßerfüllten Lügen eine Kraft, die vielmals stärker ist als der Prozentsatz, den sie von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen darstellen. Die große Kraft dieser 338 000, die sich durch nichts haben beirren und einschüchtern lassen, wird dann wirksam werden, wenn sie gemeinsam mit allen Ausgeplünderten und Entrechteten den Kampf für die elementaren sozialen und demokratischen Rechte und Forderungen führen.

Der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen löst keine einzige der Lebensfragen unseres Volkes. Im Gegenteil. Schon in wenigen Tagen wird sich erweisen, daß die Adenauer, Erhard und Blücher ihren Prestige-Erfolg dazu benutzen, um neue härtere Schläge gegen die Interessen der werktätigen Massen zu führen. Schon ist bekannt, daß die Rentenversorgung der Kriegsgesopfer durch eine neue Gesetzesvorlage aus Bonn verschlechtert werden soll. Schon ist die Erhöhung des Brotpreises beschlossen. Schon droht ein Abbau der Gehälter und Versorgungsansprüche der Beamten. Schon werden neue Steuern vorbereitet, die den Verbraucher noch mehr belasten werden. Die Unternehmerverbände sehen sich ermutigt, neue Schläge gegen die Löhne und die demokratischen Rechte der Arbeiter und ihrer Vertretungen zu führen. In diesem Wahlkampf traten faschistische Kolonnen in Erscheinung, die - organisiert und finanziert durch die Schwerindustrie - Überfälle auf Arbeiterversammlungen, Lokale und Büros ausführten.

In dieser ersten Stunde muß sich die Arbeiterschaft und das ganze werktätige Volk Rechenschaft über die durch das Wahlergebnis signalisierte Lage geben. Vor allem für die sozialdemokratische und christliche Arbeiterschaft gilt es jetzt, eine Entscheidung zu fällen, die verhindert, daß ähnlich wie 1932, der Reaktion und dem Faschismus die Tore zur unumschränkten Herrschaft geöffnet werden. Die Arbeiterschaft darf nicht tatenlos zusehen, wie unser Volk erneut der Katastrophe eines Krieges entgegengetrieben wird. Sie darf nicht untätig zusehen, wie ihre Familien immer mehr in Not versinken. Sie darf nicht zulassen, daß die demokratischen Rechte der Arbeiter durch die zügellos auftretende Reaktion beseitigt werden.

Die deutsche Arbeiterschaft will keine Wiederholung von SS-Methoden und des faschistischen Terrors. Die Erkenntnis muß sich bahnbrechen, daß nur in einheitlichem Handeln der Arbeiterschaft ein weiteres Vordringen der Reaktion verhindert und diese schließlich entscheidend geschlagen werden kann. Nur in einheitlichem Kampf um den Lohn, um die Erhaltung des Arbeitsplatzes und um die demokratischen Rechte kann das arbeitende Volk die Vergrößerung der Not verhindern. Nur im gemeinsamen Handeln schließlich kann die Arbeiterschaft den Kriegstreibern in die Arme fallen und unserem Volk den Frieden erhalten.

Jetzt erst recht gilt es, die Reihen der Partei zu festigen, sie enger mit den Massen zu verbinden und im täglichen Kampf um die Interessen unseres Volkes zu beweisen, daß in unserer Partei die tapfersten und konsequentesten Kämpfer stehen. Unermüdet und aufopfernd haben viele tausende Mitglieder unserer Partei in diesen Tagen des Wahlkampfes für die Sache der Wahrheit und Gerechtigkeit, für die Sache des Friedens und der Freiheit der Menschen agitiert und gearbeitet. Nun heißt es noch beharrlicher die Aufklärung ins Volk tragen, nun heißt es noch mutiger und breiter das Banner des Friedens zu entfalten. Noch immer hat die Entwicklung des Lebens den Kommunisten recht gegeben. Schon in den nächsten Tagen und Wochen wird sich wiederum erweisen, wie recht wir heute haben mit unserer eindringlichen Warnung und mit unserem leidenschaftlichen Appell zum gemeinsamen Handeln aller Deutschen in der Nationalen Front, für ihre Heimat, für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands.

Bundestag wagte keine Entscheidung

Verhandlungen gegen die Demontagen in Watenstedt-Salzgitter nach drei Monaten - KPD verlangt sofortige Einstellung

Bonn. (EB). Die Bevölkerung von Watenstedt-Salzgitter kann Arbeit und Brot haben, wenn Sie das wollen, erklärte Hermann Nuding (KPD), den Abgeordneten des Bundestages zugewandt, bei der Begründung eines Antrages seiner Partei, die Demontagen in Watenstedt-Salzgitter sofort einzustellen. Der Antrag verlangt weiter, im Zusammenwirken mit der Landesregierung den Gewerkschaften und den Betriebsräten der Reichswerke ein Sofortprogramm auszuarbeiten, um die Existenzgrundlage der Bevölkerung des dortigen Gebietes sicherzustellen.

Der Antrag der KPD-Fraktion war am 8. März 1949 gestellt worden. Seine Behandlung wurde auf Anweisung von Dr. Adenauer (der damit den Befehlen des Petersbergs nachkam), immer wieder verschoben. Als am Mittwoch der Bundestag zwei Stunden über den Antrag und über eine Interpellation der Deutschen- und Bayernpartei zur gleichen Frage geredet hatte, wurde der KPD-Antrag dem wirtschaftspolitischen Ausschuss überwiesen. Dort kann seine Erledigung solange hinausgezögert werden, bis auch wirklich gar nichts mehr in Watenstedt-Salzgitter zu retten ist. Das nennt man in Bonn der Bevölkerung helfen.

Adenauer arbeitet mit Robertson Hand in Hand

In Vertretung Adenauers erklärte Dr. Blücher, daß der britische Hohe Kommissar behauptet, die Demontagen in Watenstedt-Salzgitter als „Entmilitarisierungsmaßnahmen“ durchzuführen, um den Reichswerken den Charakter als „Rüstungsbetrieb“ zu nehmen. Zu gleicher Zeit wird jedoch ein gleichartiges Hüttenwerk in Linz an der Donau nicht nur nicht angetastet, sondern noch ausgebaut. Damit wird die Berechtigung der Feststellung von Hermann Nuding unterstrichen, daß die Demontagen im Salzgitter-Gebiet mit Unterstützung des Adenauer-Kabinetts nur durchgeführt werden, um eine tote Zone entlang der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, in der kein entscheidendes Industriezentrum mehr arbeiten soll.

Die Durchführung dieser Demontage zwei Jahre, nachdem durch das Potsdamer Abkommen alle Demontagen beendet sein sollen, wird völkerrechtswidrig vorgenommen,

betonte Abg. Nuding weiter. Die Zahl der Arbeitslosen wurde um rund 100 000 erhöht und mit Recht protestierte die gesamte Bevölkerung gegen den rechtsdriftigen Abbau ihrer Lebensgrundlage. Das Recht steht bei der Forderung auf unverzügliche Einstellung der Demontagen auf deutscher Seite, fuhr Abg. Nuding fort. Um den Menschen in Watenstedt-Salzgitter Arbeit und Brot zu garantieren, liegen genügend Aufträge aus der Deutschen Demokratischen Republik für die früheren Reichswerke vor. Die DDR hilft aber nicht nur durch Aufträge, sondern auch durch aktive Unterstützung für die von der Demontage hart betroffenen Menschen, besonders für die Kinder. Wenn Sie, wie Sie es immer behaupten, Magnet gegenüber dem Osten sein wollen, dann beweisen Sie das durch die Annahme unseres Antrages und durch eine aufbauende Politik. Daß der „Bundestag“ sich selbst und das von ihm vertretene Staatsgebilde für keinen Magneten hält, bewies er durch die Vertagung der von der KPD beantragten Entscheidung.

Der Wortlaut des Gesetzes: Die Gehälter und Pensionen werden um 5,2 von Hundert gekürzt. Pensionsanspruch wird - wie bisher - nur dann anerkannt, wenn mindestens 10 Dienstjahre geleistet worden sind. Von den erdienten Pensionsansprüchen werden nur 74 von Hundert zur Auszahlung gebracht. Das Wartegeld wird auf 58 von Hundert der Bezüge reduziert. Bei der Errechnung der Pension für rentenberechtigte Wehrmachtsbeamte werden für die Periode des Naziregimes lediglich zwei Beförderungen anerkannt.

Das ist der erste Angriff der Adenauer-Regierung der Millionen auf die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes. Was wird folgen? Das Bundesversorgungsgesetz für die Kriegsgesopfer, über das ja bereits Einzelheiten bekannt geworden sind, wird auch die bescheidenen Hoffnungen der hungernden Kriegsgesopfer zunichte machen. Die Sozialrenten, die Witwen und Waisen, die Unfallberechtigten, die auf eine Verbesserung ihrer Hungerbezüge sehnsüchtig warten, warten vergeblich. Der

Nun haben die Werktätigen das Wort

Bonn. (EB) Dr. Köhler will nicht, daß seine Willkürmaßnahmen gegen die KPD-Fraktion im Aeltesten-Ausschuß oder im Gremium beraten werden. Die vier kommunistischen Abgeordneten haben gegen ihren widerrechtlichen Ausschuß Einspruch erhoben und in einem längeren Schreiben die unverzügliche Aufhebung desselben verlangt. Dr. Köhler glaubt, gestützt auf die Rechtsmehrheit des Bundestages, die vorläufige Geschäftsordnung so auslegen zu können, daß er über diesen Einspruch auch ohne Aussprache im Aeltesten-Rat zur Tagesordnung übergehen kann. Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und die Werktätigen, ganz gleich, wo sie stehen, müssen durch eine Steigerung der Protestwelle dafür sorgen, daß ihre Sprecher, die ausgeschlossenen KPD-Abgeordneten, den ihnen durch die Wahlen erteilten Auftrag ungehindert ausführen können.

Binnenschifffahrt mit blindem Kurs

Mobilmachung gegen Kriegstransporte durch Entsendung von Delegierten zur Friedenskonferenz am 8. und 9. Juli in Bremen

Die Binnenschifffahrtstagung in Lübeck ging am 15. Juni zu Ende. Aus dem Bericht des Zentralvereins und der Referenten konnten die über 450 Tagungsteilnehmer tiefe Einblicke in die Krise der westdeutschen Binnenschifffahrt gewinnen. Ministerialdirektor Dr. Seiermann gab den Schiffspark der Binnenschifffahrt mit etwa 70 v. H. des Vorkriegsbestandes an.

Nach Dr. Seiermann ist die westdeutsche Kanalschifffahrt nur zu etwa 50 v. H. beschäftigt. Dazu kommt der Wettbewerb der Küstenmotorschiffer und vor allem der Bundesbahn.

Alle an der Binnenschifffahrt interessierten Kreise einigte offenbar die Forderung: „Wir brauchen langfristige billige Kredite! Nicht Kredit- oder Tarifforderungen veranlassen uns zu der Kennzeichnung „Blinder Kurs“, es ist vielmehr das hemmungslöse

und widerspruchslöse Hineinschlittern in die Kriegspolitik des Europarates und Atlantikpakts.

Das Hineinschlittern in die von amerikanischen Monopollisten gelenkten Westeuropapläne wurde eindeutig als gefährliche Unterstützung der Kriegsvorbereitungen durch folgende Tatsache unterstrichen. Kein einziges Wort der Freundschaft mit den Ländern des Ostens und der Deutschen Demokratischen Republik wurde in den Referaten ausgesprochen.

Also bewußt erfolgte eine Vertiefung der Spaltung unseres Vaterlandes! Die eigentlichen Binnenschiffer, ganz gleich, ob kleine Schiffeigentümer oder die Bestmänner und das übrige Personal, waren auf der Tagung nicht vertreten. Gerade sie sind nicht gewillt, den Kriegskurs zu steuern. Nach den Worten des Präsidenten des Zentralvereins,

Professor Dr. Most, ist Binnenschifffahrtspolitik weitgehend Seehafenpolitik. Darum gilt für die Schiffer: Klarer Friedenskurs gegen Kriegsvorbereitung und Waffentransporte! Auch die Binnenschiffer müssen Delegierte entsenden zum Friedenskongreß am 8. und 9. Juli in Bremen.

Hedler mußte raus

Einfelden. Eine geschlossene Aktion gegen den Faschisten Hedler zeigten die Einfeldener Werktätigen, als Hedler in einer Versammlung sprechen wollte. Nachdem er von der dortigen Gemeinde bereits Redeverbot hatte, mußte er von über 100 Polizisten aus dem Saal geführt werden, um den Angriffen der empörten Bevölkerung zu entgehen. Antifaschisten führten hierauf die vorgesehene Versammlung mit Rednern aus ihren Reihen durch.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin

45. Fortsetzung

„Andrej! Aufstehen! Du bekommst noch Skorbut vor lauter Schlafen!“

Und während sie noch in den Schlafsäcken aus Pelz dalagen und nur die bedeckten Köpfe herausstreckten, begann ihr Arbeitstag.

„Frag mich mal nach Vokabeln, Andrej!“

Und dann ging es los! Klau - der Mensch, Neusket - die Frau, Gaimytschilen - der Reiche, Wyletkurken Klau - der Handelsmann usw.

„Kann ichs, Andrej?“

„Ja, es geht sehr gut, Nikita Sergejewitsch. Man kann ruhig sagen: Das übersteigt alle Erwartungen.“

„Es wird nicht lange dauern, und ich halte eine Rede auf tschuktschisch. Wie sagt man „Geh!“?“

„Kantol!“

„Also los, kantiere! Geh und besorge Hundeschlitten! Heute fahren wir die Küste entlang und führen Wahlen für die Lagerkomitees und Stammesowjets durch. Solange du verhandelt, werde ich ein paar Plinsen backen. Wir gewöhnen uns das Brotessen ganz ab, mein Lieber!“

„Man hat mir erzählt, daß Thomson hier sein Leben lang Brot auf einer „Blitzlampe“ bäckt. Ich wollte es auch ausprobieren, aber ich habe nie Zeit dazu“, sagte Shukow.

Loß hüllte sich in sein Pelzgewand und raschelte mit dem Hacken im Herd.

„Kantiere schnell los!“ sagte er lächelnd. „Das Wort vergeß ich jetzt nicht mehr.“

Mr. Symons räkelte sich im Schaukelstuhl Mr. Thomsons und rauchte duftenden „Capstone“. Er war Bevollmächtigter der North Company und leitete die Pelzfaktorei. Er war Pelzhändler und Verkäufer, Lagermeister und Buchhalter in einer Person. Seine Ansicht nach war hier sogar ein Mensch zu viel. Die Tatenlosigkeit bedrückte Mr. Symons. Er war ein hagerer, blonder Mann von etwa dreißig Jahren, mit einem kalten, hochmütigen Gesicht und trübem Blick. Alles war ihm hier zuwider, und Mr. Symons schalt sich gar manches Mal, daß er sich vor dem hohen Gehalt in der Firma North Company hatte verleiten lassen und in dieses wilde Land gekommen war. Er haßte die Träger, ihre Kleider, ihre lächelnden Gesichter. Er war zufrieden, daß sie nicht allzu oft in seine Faktorei kamen.

Wenn Mr. Symons seine Baude oder sein Lager betrat, zog er gewöhnlich das Taschentuch heraus, umwickelte damit die Türklappe und faßte sie dann erst an.

Der Winter war schon auf seiner Höhe angekommen, und Mr. Symons litt unter unerträglicher Langeweile.

Drei Monate waren vergangen, seit die „Bechimo“ weg war, nachdem sie ein rasch zusammengemietetes Haus, einen Speicher, die Waren der Pelzfaktorei und Mr. Symons zurückgelassen hatte.

In dieser Zeit hätte man vor Langeweile unkommen können, wenn nicht Charles Thomson dagewesen wäre. Es war ein Glück, daß er noch für ein Jahr hiergeblieben war. So hatte man, doch wenigstens Gesellschaft und konnte sich an den langen Winterabenden unterhalten.

Jeden Morgen, gleich nach dem Aufstehen, zog sich Mr. Symons langsam an und ging in die Baude Mr. Thomsons. Auch der Schneesturm konnte ihn nicht davon abhalten. Von der Pelzfaktorei bis zu Mr. Thomsons Baude war ein Seil gespannt, an dem sich Mr. Symons entlangtastete.

Er aß bei Mr. Thomson. Morgens tranken sie Kaffee und aßen eingelegte Früchte. Dann hörte Mr. Symons zu, und Mr. Thomson erzählte. An Sonntagen zogen sie das Grammophon auf, legten Patience, und so verkürzten sie sich beim flimmernden Licht der Petroleumlampe die lange Polarnacht. Beim Abschied sagte Mr. Symons ironisch: „Good-bye, Mr. Thomson. Zeit ist Geld!“

Als Mr. Symons eines Tages zum Abendessen Whisky mitbrachte, unterhielten sie sich lange wie gute, alte Freunde.

„Mary!“ rief Charly. „Bring noch Kaffee!“

Mary wunderte sich. Sonst hatte immer die Mutter den Kaffee gebracht. Sie zog das Kleid an und ging hinein. „Nimm dir auch eine Tasse! Setz dich mit uns an den Tisch! Heute ist Sonntag“, sagte der Vater.

Es war noch nie vorgekommen, daß der Vater die Tochter zu Tisch bat. Mary war

verwirrt. Sie stand da und wußte nicht, was man von ihr wollte.

„Setz dich nur!“ sagte der Vater und nahm sie an der Hand.

„Eine hübsche Tochter haben Sie, Mr. Thomson“, sagte Symons kühl. „Sie spricht nicht englisch!“

„Nein“, sagte Charles Thomson zögernd. Das Grammophon spielte.

Mr. Symons ließ den Blick nicht von Mary, die hastig ihren Becher austrank. Plötzlich sprang sie auf und lief hinaus.

„Oh, wohin so schnell, Miß Mary? Wir werden noch tanzen!“

Aber Mary hatte schon die Tür hinter sich zugemacht.

„Sie kann nicht tanzen, Mr. Symons.“

„Oh, sie muß es lernen! Ein Mädchen muß tanzen können. Ich kann es sie lehren.“

Sie rauchten wieder ihren „Capstone“ und schwiegen.

„Gut, Mr. Symons, setzen wir unser Gespräch fort! Ich kann doch immer noch nicht begreifen, weshalb die North Company hier den Handel monopolisieren will. Das Monopol schließt die Konkurrenz aus, und darauf beruht doch der Handel.“

„O ja, Mr. Thomson. Sie haben ganz recht! Nur haben Sie eins vergessen. Wir haben mit dem russischen Handelsministerium zu tun. In Sowjetrußland ist heute alles monopolisiert. Es sind nur wenige Privatkaufleute übriggeblieben.“

„Mr. Symons stand auf und hob resigniert die Schultern. „Wir können es nicht ändern. Wir sind gezwungen, uns zu fügen. Wir sind hier nicht die Herren.“

„Wie werden denn die Geschäftsleute in Rußland leben?“

Symons zuckte die Achseln.

An diesen Abend war ihre Unterhaltung besonders freundschaftlich.

„Welche Pläne haben Sie eigentlich für die Zukunft, Mr. Thomson?“

„Wahrscheinlich fahre ich im Sommer nach Amerika.“

„Selbstverständlich. Ich wundere mich überhaupt, Mr. Thompson, wie Sie Ihr halbes Leben hier verbringen konnten. In dieser kleinen Kammer hier, ohne Bad, ohne Auto, ohne Blume! Ich kann es mir nicht vorstellen ... Meine Frau ist tot, ich habe keine Kinder, und nur deshalb habe ich es gewagt, für gutes Geld hierherzukommen. Aber Gott behüte mich davor, noch ein weiteres Jahr hierzubleiben! Ein halbes Leben! Schon der Gedanke daran ist furchtbar, Mr. Thomson!“

„Die Gewohnheit, Mr. Symons. Ist Ihre Frau schon lange tot?“

„Seit zwei Jahren. Und jetzt bin ich ganz allein. Ich verdiene mir jetzt hier etwas Geld und mache dann in Kanada irgendein Geschäft auf. Und Sie, Mr. Thomson, haben Sie etwas für die alten Tage zurückgelegt, wenn das kein Geschäftsgeheimnis ist?“

„Mein Geschäft ist vorbei, Mr. Symons.“ Thomson schwieg eine Weile. „Ich muß Ihnen offen gestehen, daß Sie mir sehr gut gefallen haben. Ich rühe mich in Ihrer Gesellschaft geradezu aus. Sie sind ein anständiger Mensch, Mr. Symons. Vielleicht vertraue ich Ihnen auch deshalb mein Geheimnis an.“

Charles Thomson stand auf und ging auf den Geldschrank zu. Aber bevor er dort angelangt war, blieb er stehen und sagte: „Mr. Symons, Sie werden mit Ausnahme der Bankbeamten der erste Mensch sein, der erfährt, was ich besitze.“

Er klirrte mit dem Schlüsselbund und zog einen Päckchen Dokumenten heraus. Mit zitternden Händen legte er diese auf den Tisch und sagte gerührt:

„Ich habe hier ein Dokument, das Ihnen vielleicht etwas sagen wird.“

„Was ist das?“

„Das ist ein Dokument, das Ihnen vielleicht etwas sagen wird.“

„Was ist das?“

Was „technisch“ alles möglich ist

Die US-Strategen im Pentagon machen sich Sorgen um Formosa. Sie sehen voraus, daß nach Hainan und den Aufklärungsarbeiten vor Hongkong nun auch der letzte Zufluchtsort „National“-Chinas, die chinesische Insel Formosa, bald an die Reihe kommen wird, von den letzten Resten des Regimes Tschiangkai-schek gesäubert zu werden. Eine direkte militärische Einmischung in die letzte Auseinandersetzung der vom Dollar ausgehaltenen Reste der bewaffneten Banden Tschiangkai-scheks mit der chinesischen Volksarmee Mao Tse Tung's wagt man nach den bisherigen Erfahrungen nicht und so wird dann als neuester Dreh, um die Rückgewinnung und Rückgliederung des vor 55 Jahren von Japan geraubten Formosa an China zu verhindern, die Internationalisierung der Insel unter Kontrolle der UNO vorgeschlagen. Als völkerrechtliches Argument wird dabei geltend gemacht, daß Formosa „technisch noch japanisches Territorium“ sei — weil noch kein Friedensvertrag mit Japan besteht! Das ist wirklich eine famose „völkerrechtliche“ Begründung! Ob sich die Väter dieser Idee die logischen Folgerungen klargemacht haben? Da mit dem „Dritten Reich“ ja auch noch kein Frieden abgeschlossen wurde — es hat nur bedingungslos kapituliert wie Italien und Japan auch — so wären also die Eroberungen Hitlers von 1938 bis 1945, z. B. Frankreich, Holland, Belgien, Polen, Norwegen, Tschechien, Oesterreich usw., heute noch „technisch“ nationalsozialistisches Territorium! Wenigstens nach der „völkerrechtlichen“ Meinung und Logik der amerikanischen Militärs im Pentagon. Vielleicht bringt eines der Traditions-Wochenblätter des also „technisch“ noch bestehenden Dritten Reiches demnächst die Meldung von einer Exilregierung Hitlers auf einer Eismeer-Insel. Dann hätte Formosa sein Gegenstück. Vielleicht besteht auch „technisch“ die Achse Berlin-Rom-Tokio noch! Daß Montgomery und andere Atlantik-Strategen im Norden sowie MacArthur im Süden an der Reparatur der Achse arbeiten, ist ja kein Geheimnis mehr.

Die Katze aus dem Sack gelassen

„Berufssoldaten“ fordern Vollpensionen — Verband der Körperbeschädigten erteilt die Antwort

Mannheim. Abgetakelte Generale und Berufssoldaten entblöden sich nicht, die ihnen hier und dort gezahlten monatlichen Pensionsvorschüsse von 200 bis 260 DM als Almosen zu bezeichnen. Während Hinterbliebenenfrauen und Kriegsbeschädigte bei ihren Hungerrenten verzweifeln nach einem Ausweg suchen, der manchmal für sie in Freitod endet, fordern diese Herrschaften Vollpensionen und stützen sich bei der Argumentation für ihre „Rechtsansprüche“ auf den Artikel 131 des Bonner Grundgesetzes, nach dem „Rechtsverhältnisse von Personen, die am 8. Mai 1945 in öffentlichen Diensten standen, durch Bundesgesetz zu regeln sind“. Auf die neuerliche Flut von Zuschriften dieser Kategorie von Pensionsanwärtern, die die bürgerliche Presse, die auch hier wieder ihre exklusive Stellung wahren möchten und nun den Zeitpunkt für gekommen erachten, ihre Forderungen geltend zu machen, nimmt der Kreisgeschäftsführer des VdK Stellung. Er bezieht sich hierbei im allgemeinen auf diese Zuschriften und im besonderen auf einen in der Ausgabe des „Mannheimer Morgen“ vom 20. Juni veröffentlichten Leserbrief eines Herrn Pfeiffer in einem uns übersandten Schreiben, dem wir nachstehend Raum geben:

Herr Pfeiffer aus Mannheim hat sich bemüht, in einem Brief an die Herausgeber des „Mannheimer Morgen“ zu erklären, daß die Berufssoldaten, wie auch die 131er durch ihre Ansprüche auf die gleiche Ruhegehaltshöhe wie die gleichrangigen Beamten, die Kriegsbeschädigten nicht um einen Pfennig benachteiligen wollen.

Er überläßt es der Ministerialbürokratie, sich darüber Gedanken zu machen, wie man anscheinend auch diesem Personenkreis, der nach Auffassung des Herrn Pfeiffer in der Rangfolge nach den 131ern zu rangieren hat, von Staats wegen helfen sollte. Nun, Herr Pfeiffer hat die Katze aus dem Sack gelassen und nachdem es noch viele dieser Pfeiffers gibt, darf man sich nicht wundern, wenn jetzt ein Schwerkriegsbeschädigter im Namen seiner Kameraden und der Gefallenen ganz offen gegen eine derartige Hintanset-

zung, die wir übrigens schon seit 1945 hinnehmen müssen, Stellung nimmt.

Die 131er haben recht lange gebraucht, bis sie es endlich gewagt haben, in der Öffentlichkeit ihre Rechtsansprüche anzumelden und es will fast scheinen, daß sie der Auffassung sind, daß das politische Klima gerade im Augenblick sehr günstig sei.

Wir sind nicht so unsozial, daß wir den 131ern jegliche Versorgung absprechen, doch müssen wir die Herren Kameraden schon bitten, sich einmal zu überlegen, daß dieser Krieg immerhin so total verloren wurde, wie man ihn zu führen liebte. Man sollte die Nachkriegslasten nicht einseitig auf die Schultern der Schwachen abladen und diese immer wieder auf die einmal chronisch gewordene Finanznot hinweisen. Ob die 131er glauben, bevorrechtigte Forderungen an diesen Staat erheben zu können, das müssen wir ihnen überlassen.

Man hat uns, so lange wir den grauen Rock tragen durften, Kameradschaftlichkeit, Schicksalsverbundenheit und derlei Phrasen genug gepredigt. Die Prediger waren aber nach dem 8. 5. 45 verschwunden. Krüppel, Witwen und Waisen überließ man ihrem Schicksal und wir vermessen bis heute jegliche Äußerung der seinerzeitigen Truppen- und Menschenführer zur Frage der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Es kommt unseres Erachtens auf die Rangfolge an und wenn schon Rechtsansprüche geltend gemacht werden sollen, dann glauben wir Kriegsbeschädigten, daß derjenige, der Gesundheit und Gliedmaßen, daß die Witwe, welche den Ernährer und die Kinder und Waisen, welche den Vater verloren haben, doch wohl vor den Pensionsbewerbern rangieren dürften. Nichts liegt uns ferner, als noch einmal die Gobbels'schen Tiraden von den Helden der Nation neu aufzuwärmen.

Ob alle 131er dem Gedanken einer Remilitarisierung so abhold sind, möchte ich bezweifeln. Man denke an den Herrn von Mantuffel, der gar zu gerne zwei Divisionen aufstellen möchte. Sind die 131er nicht der Auffassung, daß sich wieder so und so viele Landsknechte zur Krippe drängen werden? Wir Kriegsbeschädigten sind gesund und danken für einen nochmaligen Dienst. Wenn aber nun in den letzten Tagen ganz offen ausgesprochen wurde, daß man, wenn man den Krieg ächten wolle, auch die Opfer des Krieges ächten müsse, dann spricht das wohl für sich. Wir wollen keine Glorifizierung und lehnen jeden Heldenkult ab. Uns hat man in Uniformen gesteckt und unter dem Vorzeichen des Sippenhaltungsgesetzes gab es kein Zurück. Bei anderen dürfen wir aber eine gewisse Freiwilligkeit feststellen und diese Freiwilligkeit wünschen wir auch in Hinsicht auf einen teilweisen Verzicht auf Pensionen zu Gunsten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen konstataren zu dürfen. Wenn Herr General Koch sich zum Sprecher gewisser Offizierskreise macht, (ich verweise hier auf eine Veröffentlichung in der „Neuen Zeitung“ vom 24. Febr. 1950 und einen Pensionsvorschuss von 200 DM als Almosen bezeichnet, in Nordrhein-Westfalen zählt man bereits 260 DM pro Monat), dann bedarf es keines Hinweises mehr, in welcher schöner Weise man seit 1945 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene versorgt. Gewiß, es mag ein erstrebenswertes Ziel sein, um Vollpensionen zu raufen. Dem Steuerzahler, und zu diesem Kreis gehören eine Unzahl von

Kriegsbeschädigten, bleibt es dann immerhin überlassen, die Gelder aufzubringen, um Vollpensionen von 1200 DM bis 1700 DM für den Monat zu zahlen. Hierauf besteht ja ein Rechtsanspruch, auch für Stümper und Pferdeknechte, die einmal General werden konnten.

Von den Rechtsansprüchen derjenigen, welche durch ihre Verletzung ihren Beruf aufgeben mußten, 80 Prozent der Beschädigten hatten nämlich einen Beruf, spricht niemand. Sie werden nach dem Jahresarbeitsverdienst eines Hilfsarbeiters abgestuft und nach Ortsklassen berentet. Von den vielen kaufmännischen Angestellten, die heute an den Arbeitsämtern Schlange stehen, spricht auch niemand.

Wir finden es reichlich abwegig, wenn die Herren Pfeiffer zur Auffassung gelangen, daß durch die Rechtsansprüche der 131er die Versorgung der Kriegsbeschädigten keinesfalls geschmälert würde. Vor so viel Weisheit kann man nur in Ehrfurcht stillstehen. 1,2 Milliarden Defizit in Bonn, 900 Millionen Steuerausfall durch Senkung der Einkommensteuer, Besatzungskosten in Höhe von 4,2 Milliarden DM, die allerdings zu einem großen Teil wieder in Arbeitslöh-

nen an die bei der Besatzung beschäftigten Deutschen zurückfließen, welche ja sonst das Heer der Arbeitslosen von 1,8 Millionen Menschen noch erhöht hätten. Ueber diese Dinge machen sich die Herren Pfeiffer keine Gedanken. Aber Vollpensionen erstreben sie!

Wir Kriegsbeschädigten sind Menschen, welche Tatsachen erkennen und fordern deshalb für unseren Personenkreis, daß man bei der Rentenfestsetzung bis zur obersten Grenze geht und uns das Existenzminimum gibt.

Seit Jahren wurden wir im Kollektiv berentet und es wurde keine Rücksicht auf die soziale Stellung vor dem Krieg genommen. Hierüber hat sich noch keiner der Neumaligen Gedanken gemacht. Es handelt sich hier ja nur um Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, die keinen Anstellungsvertrag mit dem Staat hatten, die aber der Staat selbst in sehr einseitiger Weise unter Vertrag genommen hat. Und wer ist und wer war der Staat? „L'état c'est moi“ und das sollten sich alle 131er merken und nicht arrogant Vollpensionen fordern.

Es wäre nur gut, wenn die kriegsbeschädigten 131er sich dazu entschließen könnten, uns in unserem Bestreben nach einer gerechten Versorgung zu unterstützen, sie würden sich selbst den besten Dienst erweisen. gez.: Hans Gemming

Blick ins Arbeitsgericht

Lehre ohne Lehrvertrag — Die Firma zahlte lediglich Erziehungsbefehle

Mannheim. Was lange währt, wird durchaus nicht immer gut. Dies mußte ein Lehrling am Donnerstag vor dem Arbeitsgericht erfahren, als sie restliche Lohnansprüche aus ihrem Arbeitsverhältnis durchzusetzen versuchte.

Das Mädchen wurde im August 1947 von einem Lebensmittelgeschäft in Neckarau als Lehrling eingestellt. Eigentlich kam damals kein rechtmäßiger Lehrvertrag zustande, obwohl der Vater des Lehrlings immer wieder energisch und nachdrücklich darauf drängte. Nachdem die Firma aber lediglich leere Versprechungen für die Klägerin übrig hatte und dabei mehrmals von einem „mündlichen Lehrvertrag“ sprach, fühlte die Klägerin, mißtrauisch geworden der Firma etwas näher auf den Zahn und mußte dabei zu ihrem Erstaunen bei der Industrie- und Handelskammer feststellen, daß die seitens der Firma überhaupt keine Berechtigung hatte, Lehrlinge auszubilden. Ueberdies hatte sie für das Lehrlingsmädchen, das also im rechtmäßigen Sinne kein Lehrling war, bei der Krankenkasse trotzdem lediglich Beiträge für Lehrlingsmädchen bezahlt.

Diese Unrechtmäßigkeit wurde im November 1948 aufgedeckt. Es war ein grübeliches Versäumnis, daß das geschädigte Lehrlingsmädchen zu dieser Zeit nicht sofort seine Ansprüche vor dem Arbeitsgericht geltend machte. Erst vor kurzer Zeit, also eineinhalb Jahre danach, versuchte die Geschädigte ihre Forderungen auf einen fehlenden Lohnbetrag von 323 DM durchzusetzen. Der Inhaber der Firma, der sich bei allen bisherigen Terminen vor dem Arbeitsgericht immer wieder gedrückt hatte, schickte auch diesmal lediglich als Vertreter seinen Steuerberater, der laut Gesetz nicht das Recht besitzt, die Firma zu vertreten, aber trotzdem von dem Richter „ausnahmsweise“ anerkannt wurde. Faul war die Sache für die Klägerin vor allen Dingen deshalb, weil sie nicht bereits zur gegebenen Zeit Klage erhoben hatte.

Hätte der Vater des Lehrlingsmädchens seine Tochter damals, im November 1948, sofort in

eine andere Lehre gegeben, anstatt sie in einer Fabrik unterzubringen, hätte sie ihre „Lehrzeit“ von seiten der Industrie- und Handelskammer vom ersten Tage an voll angerechnet bekommen. Ein aufschlußreiche Feststellung und Mahnung zugleich für alle Betroffenen ähnlich gelagerter Fälle. Es kam ein billiger Vergleich von 100 DM zustande, der dadurch begründet wurde, daß die Forderung des Lehrlingsmädchens auf 323 D-Mark die ihr seinerzeit von einem Beamten des Arbeitsgerichts nach bestem Wissen und Gewissen formuliert wurde, falsch berechnet gewesen ist. Nach den neuen Feststellungen des Arbeitsgerichts hätte das Lehrlingsmädchen, auch wenn sie als Hilfsarbeiterin bezahlt worden wäre, nur die Lohn-differenz von 100 DM zu fordern. Leidträgender bei der ganzen Geschichte war durch einen unverzeihlichen Irrtum natürlich die Klägerin, wogegen die sonderbare Firma wirklich mit einem blauen Auge davongekommen ist.

Bauschlösser und Maschinenbau-Handwerker

Am Freitag, dem 23. Juni 1950, abends 19.30 Uhr, findet in der Gaststätte „Zum kleinen Rosengarten“ in Mannheim, U 6, 19, eine Branchenversammlung statt. Wir bitten alle Kollegen, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Kreis Mannheim
Rheinau, Freitag, 23. Juni, 20 Uhr, Lokal „Jenner“, Mitgliederversammlung.

Neckarstadt-West, Freitag, 23. Juni, 19.30 Uhr im Lokal „Goldne Schlange“ Funktionsversammlung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe
Karlsruhe-Durlach: Samstag, 24. 6. 1950, 20 Uhr, im „Tannhäuser“ Schulungsabend
Kleinsteinbach, Sonntag, 25. 6. 1950, 20 Uhr in der Schule Mitgliederversammlung.

Einsturzgefahr bedroht Menschenleben

Gefährdete Familien müssen in Schulräumen untergebracht werden

Mannheim (EB). Die Mannheimer Stadtverwaltung sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, in kürzester Frist Schulräume für die Unterbringung von Familien mit Kindern, die in einsturzfähigen Ruinen wohnen, freizumachen. Decken und Wände werden in schwerbeschädigten Häusern im Verlaufe der Zeit nicht besser, sondern von Tag zu Tag schlechter. Die Maßnahme der Stadtverwaltung wurde insbesondere nach den in letzter Zeit häufigen Unwettern besonders dringend.

Für 110 Familien bestand unmittelbare Lebensgefahr. Das Vorgehen der Stadtverwaltung, diese Familien in Schulräumen unterzubringen, erfolgte nach einem, im Herbst letzten Jahres von allen Parteien gefaßten Beschluß im Stadtrat.

Die zur Durchführung der Maßnahmen der Stadtverwaltung notwendige Inanspruchnahme von Schulraum erfolgte zunächst in der Mädchenschule II in Sandhofen.

Der Elternrat dieser Schule berief daraufhin eine Protestversammlung in Sandhofen ein. Die Mannheimer Zeitungen berichteten breit über den Sturm der Elternschaft gegen die Anordnungen der Stadtverwaltung. Bei den Diskussionen, Protesten, Empörungen, über die ausführlich berichtet wird, geht nicht hervor, daß man den Tatbestand, der diese Soforthilfe notwendig machte, entsprechend würdigte. Wenn man in Worten auch die Gefahr für Leib und Leben von 110 Familien zugestehet, bewegen sich alle Äußerungen nur in der Ablehnung der Maßnahme der Stadtverwaltung aber nicht in der Richtung, wie unmittelbar den Bedrängten hätte Hilfe geleistet werden sollen. Ueber mögliche Bauprogramme in diesem Zusammenhang zu reden, bleibt für das, was praktisch zu tun ist, leere Phantasie. Wir hätten gewünscht, daß die Verantwortlichen dieser Veranstaltung, wie auch die Presse in ihrer Berichterstattung, dies unumwunden ausgesprochen hätten.

Ungeklärt erscheint uns, warum in einer solchen Veranstaltung die Stadtverwaltung nicht vertreten war. Darin besteht die Forderung dieser Protestversammlung zu Recht wenn sie verlangt, daß die Stadtverwaltung für ihre Anordnungen Rede und Antwort steht. Damit wäre wahrscheinlich manche Woge unbedlegter Empörung geglättet worden.

Es wäre richtiger gewesen, wenn die Versammlung in Sandhofen ihrem Protest eine konkretere Richtung gegenüber der Stadtverwaltung gegeben hätte. Von dieser ist nicht zu begreifen, daß, sowohl bereits bei jener Beschlußfassung im Herbst ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die Stadtverwaltung beschleunigt die Ausquartierung der in Schulhäusern noch untergebrachten Familien übernehmen soll, auf diesem Gebiet so gut wie noch nichts unternommen wurde. Wenn, wie bei der Mädchenschule II in Sandhofen, Not jedes Gebot bricht, dann darf man von der Stadtverwaltung erwarten, da sie diesen Grundsatz auch einmal gegenüber Geschäftsinhabern in Anwendung bringt.

Junglehrer aus Karlsruhe zu Besuch

Mannheim. Schüler und Schülerinnen der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe weilten am Mittwoch zu Besuch in Mannheim. Nach einleitenden Begrüßungsansprachen und kurzen Ausführungen über die Lage, Entwicklung und Bedeutung Mannheims als Industriestadt, folgte eine Stadtrundfahrt, wobei die Teilnehmer Gelegenheit hatten, Mannheims Kulturstätten, wie das im September 1943 durch Luftangriffe völlig ausgebrannte Schloß, die Jesuitenkirche und im Vorbeifahren auch das Wahrzeichen Mannheims, den Wasserturm zu besichtigen. Ueber den „Lindenhof“, das am meisten zerstörte Stadtviertel, ging die Fahrt zu der Firma Lanz, deren hämmende und dröhnende Werkhallen den Besuchern interessante Einblicke in die Arbeit der Gießerei sowie die Fließbandarbeit der bei Lanz hergestellten Schlepper vermittelte.

eines Junglehrers (150 DM pro Monat), alles andere als das, was man einem jungen Menschen zur Ermöglichung eines anständigen Auskommens nach zweijähriger Ausbildung in der Lehrerbildungsanstalt und meist vorausgegangenem Mittelschulreife bieten sollte. Auch nach längerer Tätigkeit als Lehrer ist die Gehaltsgrenze ziemlich bemessen.

Ein schwerwiegendes Problem für die Junglehrer ist auch die bemessene Zahl offener Stellen an den Schulen.

„Ich weiß nicht, ob ich vor einem Jahr irgendwo unterkommen kann“, äußerte einer der angehenden Junglehrer im Verlaufe des Gesprächs. Angesichts der überfüllten Schulklassen sollte man derartiges kaum glauben. Bei Aufteilung derselben und dem Bau der fehlenden Schulräume wäre die Unterbringung der Junglehrer ein Leichtes.

Aber solange die Besatzungskosten den deutschen Steuerzahler und den Bundesstaat erdrücken, solange Marshallplan und Kolonialstatut Westdeutschland ruinieren, solange noch fremde Besatzungssoldaten in unserem Lande verweilen, werden auch diese dringenden und besonders für unsere Jugend wichtigen Probleme nicht befriedigend gelöst werden können.

Heidelberg hörte seine Berlinfahrer

Hunderte waren zur FDJ-Kundgebung gekommen — Die Störer zogen es vor, sang- und klanglos abzuziehen

Heidelberg. Am Mittwochabend war der Saal im Hotel „Schwarzes Schiff“ zum Bersten voll, in den Gängen standen dicht gedrängt junge Menschen und für später Kommende war es schier unmöglich, noch irgend ein Stehplätzchen zu ergattern. Anlaß des starken Andranges zu dieser Versammlung war die Berichterstattung der Teilnehmer am Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin. Die Hetze und die faustdicken Lügen, mit denen die Kolonialpresse gegen dieses große Friedentreffen wochenlang losgezogen war, schlug in das Gegenteil um. Was sich die Lügenfabrikanten ausgesucht hatten, schlug um in eine gesteigerte Beteiligung westdeutscher Jugendlicher und in das große Verlangen, von den Teilnehmern zu erfahren, was Pfingsten wirklich in Berlin geschah.

„Für Frieden, für Einheit und ein glücklicheres Leben der Jugend“ war die große Parole des Deutschlandtreffens — dies stellt Günther Arndt an den Anfang seiner Ausführungen, die ein anschauliches Bild über die eindrucksvollen und nie zu vergessenden Tage vermittelten. Nichts ist übrig geblieben von all den Zweckmeldungen über „militärische Eroberung“, „Ausrufen der allgemeinen Wehrpflicht“, der „Verschiebung nach Sibirien“, stellt Günther Arndt fest, aber eins ist allen haften geblieben, die Schikanen und Schwierigkeiten, die man den Teilnehmer seitens des Westens machte und in Erinnerung blieben auch die aufgefahrenen, von Schumacher angeforderten Panzer in den Westsektoren Berlins. Wer in Wirklichkeit den „Eisernen Vorhang“ herunterläßt, das konnten mehr als 30 000 Teilnehmer aus dem Westen in diesen Tagen durch persönliches Erlebnis feststellen.

Von all den vielen Eindrücken aus dem sportlichen und kulturellen Geschehen und von der Pionierrepublik in der Wuhlheide berichtet Günther Arndt. Und nach ihm schildern weitere Teilnehmer aus Heidelberg von dem, was sie gesehen und erlebt haben. Die Freundschaft mit den ausländischen Delegationen, die Gespräche mit den Jungen und Mädels aus der DDR, mit Jungarbeitern und Studenten — das vermittelt ein lebendiges Bild von dem großen Eindruck, den alle mit nach Hause brachten.

Zwei junge Pioniere geben zum Staunen der Älteren lebhaft Schilderungen ihres Lebens in der Pionierrepublik, und als der letzte kleine Sprecher mit den Worten endet: „Wir sind junge Friedenskämpfer und wollen unsere ganze jugendliche Kraft in

den Dienst des Friedens stellen“, werden seine Worte mit langanhaltendem Beifall unterstützt.

Ein gewisser Teil war gekommen, nicht — wie es sich für ehrliche und anständige junge Menschen im schweren Ringen um unsere Heimat, gehört — um sachlich und ernst die Fragen des Friedens und der Einheit Deutschlands zu besprechen, sondern mit der klaren Absicht, diesen Abend zu stören und durch unangebrachte Zwischenrufe und Fragen den Eindruck der Versammlung zu verwischen. Daß ihnen dies nicht gelang, ist das Verdienst der korrekten und sicheren Versammlungsleitung und ist vor allem das Verdienst des disziplinierten Verhaltens der Jungen und Mädels der FDJ.

Darum zog es auch eine kleine Schar vor, den Saal zu verlassen, weil — diese Äußerung war typisch — „nichts mehr zu machen ist“. Die anderen Störer, die noch blieben, bliamierten sich auf ihre Art und ihre von Unwissen tiefenden Einwände wurden in treffenden Entgegnungen abgetan. Für sie war an diesem Abend nichts zu gewinnen.

Firma Mages eröffnet: „Das Haus das dem Kunden gehört“

Mannheim. Ein neues und architektonisch überaus modern gestaltetes Geschäftshaus ist in den Planken, an der Ecke von P 4 aus dem Boden geschossen: „Mages“, das Spezialbekleidungshaus für den Herrn. Aber nicht nur dem „Herrn“ im Sinne eines überholten Begriffes dient das in etwa 10 Tagen seine Pforten öffnende Textilhaus, sondern vielmehr richtet sich das vornehmste Bestreben und die größtmöglichste Sorgfalt der Firma in aller erster Linie auf den sogenannten „kleinen Mann“, der hier ein Geschäft vorfinden wird, das zweifellos seinem Geschmack entsprechen wird.

Der Werktätige, der einen Anzug kaufen will, ist gezwungen sich nach seiner kargen Lohntüte zu richten, um so stärker ist bei ihm darum das Bedürfnis, gut und preiswert zu kaufen. Die beste Gewähr hierfür dürfte ihm diese Firma zweifellos bieten. In den drei geräumigen Etagen liegenden Verkaufsräumen wird bei der Bedienung eines jeden Kunden, unabhängig von dessen Geldbeutel, eine persönliche Note gewahrt werden, die besonders dem „kleinen Mann“ das Gefühl verleihen wird, in diesem Ge-

Schreiber Grießmakaroni, Spaghetti, Gemüsenudeln usw. 250 gr. Paket DM	-29
Siam-Speise-Bruch-Reis schön koehend 500 gr. DM	-49
Kaffee-Sonne, 10% Fettgehalt ... Dose oder Tube DM	-20
Tafelmargarine 500 gr. DM	-95
Dörrfleisch o. Rippen 500 gr. DM	1.90
Pflüzer Hausmacher Grießwurst ... 100 gr. DM	-44
Boyr, Speckwurst 100 gr. DM	-25
Apfelsaft 1 Liter-Flasche o. Glas DM	-75
Teinacher Sprudel 1 Liter-Flasche o. Glas DM	-30

Schreiber
GEGR. 1850

Kurz notiert

Stürmische Ovationen für Marika Roek in Karlsruhe

Karlsruhe. (Iwb) Selten hat das Badische Staatstheater in Karlsruhe derart stürmische Ovationen erlebt, wie am Dienstag beim Gastspiel der bekannten Filmschauspielerin Marika Roek. Bereits bei ihrem ersten Auftreten hatte sie sich die Herzen des Publikums erobert.

2,5 Millionen DM für den Aufbau Bruchsal

Bruchsal. (Iwb) Für die Fortführung des Wiederaufbaus, für die Trümmerbeseitigung und für Notstandsarbeiten in Bruchsal sind im Haushaltsjahr 1950/51 2.240.150 DM vorgesehen. Davon sind 2.000.000 DM für den Wiederaufbau des Gerätehauses der Stadtverwaltung, 340.000 DM für den Wiederaufbau der Justus-Knecht-Schule und 600.000 DM für den Bau einer neuen Schule im Westen der Stadt bereitgestellt worden. Der Rest des Geldes soll für die Instandsetzung von Straßen und für die Trümmerbeseitigung verwendet werden.

Beobachtungsabteilung der LVA

Karlsruhe. (Iwb) Die Stadtverwaltung von Karlsruhe errichtet gegenwärtig in den Städtischen Krankenanstalten eine Beobachtungsabteilung der Landesversicherungsanstalt Baden.

Tod durch Berührung mit elektrischem Strom

Karlsruhe. In einem Betrieb in der Hardeckstraße kam ein Hilfsarbeiter beim Abnehmen einer Kabelleitung mit dem elektrischen Strom in Berührung und wurde getötet.

Proteststreik gegen Vorenthaltung des Mitbestimmungsrechts

Keine Einstellung oder Entlassung ohne Zustimmung des Betriebsrates

Forbach. (Volkskorrespondent). Die Belegschaft der Firma Hilkert, Schneidersköpfe Granitwerke bei Raunmünzach führte einen Proteststreik durch, da die Geschäftsleitung ohne Zustimmung des Betriebsrates einen Büroangestellten entlassen und einen anderen dafür eingestellt hatte.

Der Betriebsrat hatte sich nach Bekanntwerden der vorgenommenen Entlassung bzw. Neueinstellung mit der Firma in Verbindung gesetzt und die Rückgängigmachung dieser Maßnahmen gefordert. Der Unternehmer lehnte diese Forderung des Betriebsrates mit der Bemerkung ab, daß das, was in seinem Büro geschehe, seine Angelegenheit sei.

Deine Unterschrift für den Frieden

Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft, die daraufhin die Arbeit zum Protest niederlegte, belehrte den Unternehmer bald eines anderen. Nach Verhandlungen, bei der auch ein Vertreter der Gewerkschaft Bau-Steine-Erde anwesend war, mußte der Betriebsinhaber sich dazu bequemen, anzuerkennen, daß der Betriebsrat bei zukünftigen Entlassungen und Einstellungen die Zustimmung erteilen muß.

Dieser Proteststreik d. Steinarbeiter ist ein Beweis dafür, daß nur durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Kampf um ihre Rechte ein Erfolg erreicht werden kann. Dem „Herr im Hause“-Standpunkt der Unternehmer kann nur tatkräftig entgegengetreten werden, wenn die Arbeiterschaft entschlossen den Kampf um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben führt.

(Wir halten es angesichts der Tatsache, daß der Unternehmer zwar durch den Proteststreik gezwungen wurde, eine Erklärung abzugeben, daß in Zukunft nur mit Genehmigung des Betriebsrates Entlassungen und Einstellungen ausgesprochen werden können aber im vorliegenden Fall die Entlassung nicht mehr zurückgenommen wurde, für notwendig, die Kollegen darauf hinzuweisen, daß in Zukunft nur äußerster Wachsamkeit und Entschlossenheit der Belegschaft eigenmächtiges Handeln des Unternehmers unterbinden kann. D. Red.)

Reparationen, von denen nicht gesprochen wird

15 bis 20 Milliarden Gewinn aus deutschen Patenten — Ein Bombengeschäft, das Rüstungsgewinn sucht noch steigert

Stuttgart. Das Organ der DAG, „Der Angestellte“, veröffentlicht in seiner Nummer 6 vom 10. Juni interessante Einzelheiten über die amerikanische Wirtschaftspraxis und über die riesigen indirekten amerikanischen Kriegsgewinne aus der „Beschlagnahme“ deutscher Patente.

Nach diesen Angaben waren 1939 20 870 deutsche Warenzeichen in der Welt registriert. Sie wurden 1945 gleichzeitig mit nicht weniger als 200 000 deutschen Auslandspatenten „beschlagnahmt“.

Wie mit diesen deutschen Patenten und Warenzeichen in den letzten Jahren umgegangen wurde, geht aus nachfolgenden Beispielen hervor:

Auf der letzten Mailänder Messe stellte eine bekannte Frankfurter Firma ihre zahnärztlichen Universalgeräte aus, die unter dem Namen „Emda“ bekannt sind. Nicht weit davon entfernt befand sich der Stand der Mailänder Firma Marinelli, die gleichfalls „Emda“-Produkte anbot. Und schließlich erschien noch ein holländischer Aussteller, der auch „Emda“ offerierte. Die Einkäufer wurden völlig verwirrt. Sie verlangten Nachweise, daß sie wirklich mit „Emda“-Originalen bedient würden.

In Südamerika hatte eine pharmazeutische Fabrik sich des deutschen Warenzeichens „Salvarsan“ bedient, jedoch die Herstellung keineswegs so sorgsam vorgenommen, wie das unter Beobachtung von Luftschluß notwendig gewesen wäre. Statt einer heilsamen Wirkung traten Vergiftungsercheinungen auf. Patienten verstarben.

Doch, was kümmert es die ausländischen Verkäufer, wenn Menschenleben durch solche Praktiken vernichtet werden? Allein nabegebend war in diesem Fall das „business“, das Geschäft. Drei-, viermal und noch öfter wurden deutsche Patente weiterverkauft und der Umsatz erhöht.

Auf fünfzehn bis dreißig Milliarden DM allein schätzt die Zeitschrift die Gewinne aus der Beschlagnahme deutscher Patente.

Nach den auf 54 Milliarden Dollar geschätzten Kriegsgewinnen fließen riesige Gewinne dem amerikanischen Großkapital durch die Marshallplanisierung Westdeutschlands und Westeuropas in die Taschen. Ist es da zu verwundern, wenn ihr Streben nach immer neuen Rüstungsgewinnen ihnen selbst einen neuen Krieg als wünschenswert erscheinen läßt?

Doch die Völker werden sich weigern, ihr

Blut in Dollar umzumünzen zu lassen. Sie unterstützen die Friedensbewegung in aller Welt.

Zu Gunsten der privaten Unternehmer

Karlsruhe. (Iwb) Der sogenannte „Verkehrskrieg“ in Karlsruhe wurde vom Verkehrsministerium zugunsten der privaten Unternehmer entschieden.

Die Stadt Karlsruhe hatte beantragt, daß Postomnibusse und Omnibusse privater Unternehmer künftig nicht mehr bis zur Stadtmittelpunkt, sondern nur noch bis an den Rand der Stadt verkehren sollten, die Stadt hatte sich durch ihren Antrag größere Einnahmen im Straßenbahnverkehr erhofft. Nun bringen die Omnibusse auch weiterhin die auswärtigen Arbeiter bis zu den Arbeitsstätten in Karlsruhe.

Vom Henker zum Betrüger und Straßenräuber

Karlsruhe. (Iwb) Unter Ausnutzung seiner Stellung als Angestellter des Arbeitsamtes Pforzheim hatte sich der 35jährige Arnold Etkorn mit unwahren Angaben zahlreiche Darlehen in Höhe von insgesamt 250 000 DM verschafft. Außerdem hatte er im Dezember vergangenen Jahres einer 63jährigen Frau in Karlsruhe die Handtasche geraubt.

Vor dem Karlsruher Schwurgericht gab Etkorn am Mittwoch die Taten nach anfänglichem Leugnen zu, behauptete aber, daß er sie nur begangen habe, um mit dem erhofften Erlös die erneute Forderung eines Erpressers befriedigen zu können. Dieser Erpresser, ein Ausländer namens Bondarenko sei Zeuge gewesen, wie er im Jahre 1942 auf der Krim als Angehöriger eines Exekutivkommandos an Geislerschießungen beteiligt gewesen sei. Bondarenko habe ihn nach dem Kriege in Deutschland wieder erkannt und ihn unter Drohungen ständig erpreßt. Als Bondarenko, dem der Angeklagte alle erhaltenen Darlehensbeträge ausgehändigt haben will, im Dezember 1949 erneut einen größeren Geldbetrag von ihm verlangte, habe er keinen anderen Ausweg mehr gesehen und versucht, sich durch den Handtaschenraub die geforderten Mittel zu verschaffen.

Infolge der Unauffindbarkeit des angeblichen Erpressers konnte das Gericht die Wahrheit der Behauptungen Etkorns nicht nachprüfen. Es verurteilte ihn wegen Straßenraubs in Tateinheit mit Betrug zu zweieinhalb Jahren Gefängnis.

Auf seine ehemalige Quartiergeberin geschossen

Stuttgart. (Iwb) In den späten Abendstunden des Dienstag schoß in Stuttgart ein älterer Franzose mit der Pistole auf seine ehemalige deutsche Quartiergeberin. Die Frau wurde von zwei Schüssen getroffen. Sie mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Der Franzose wurde von Passanten solange festgehalten, bis die Polizei eintraf, die den Täter dann in die Haftanstalt einlieferte. Er soll dem amerikanischen Gericht in Stuttgart vorgeführt werden.

Wie die Stuttgarter Kriminalpolizei mitteilt, war der Täter, der zur Zeit bei einer

französischen Behörde in Bühl (Baden) beschäftigt ist, während der Besetzung Stuttgarts durch die Franzosen im Jahre 1945 bei der Frau einquartiert und hatte freundschaftliche Beziehungen zu ihr unterhalten. Am Dienstagabend erwartete er vor dem Haus seine frühere Quartiergeberin und traf sich später mit ihr auf der Straße. Kurz darauf fielen die Schüsse. Ueber das Motiv der Tat ist bisher noch nichts bekannt. Lebensgefahr besteht bei der Frau gegenwärtig nicht.

UMSCHAU IM LANDE

Zwei siebenjährige Kinder in einem Tümpel ertrunken

Bibersfeld. (Iwb) Zwei Brüder im Alter von sechs und sieben Jahren sowie ein weiterer siebenjähriger Junge stürzten dieser Tage in den Tümpel eines Gipsbruches in der Nähe von Bibersfeld im Kreise Schwäbisch Hall. Die verunglückten Kinder wurden entdeckt und aus dem Wasser gezogen. Wiederbelebungsversuche, die ein sofort zur Unfallstelle gerufener Arzt anstellte, hatten jedoch bei den beiden siebenjährigen Jungen keinen Erfolg mehr.

Mißglückter Überfall auf einen Omnibus

Biberach (Riß). (Iwb) In der Nacht zum Montag versuchten bei Rot zwei Wegelagerer einen aus Frankfurt zurückkehrenden Omnibus zu überfallen, indem sie gegen das Fahrzeug Holzblöcke schleuderten. Der Fahrer brachte den Wagen zum Stehen und machte sich zusammen mit den Insassen des Wagens auf die Jagd nach den Übeltätern. Sie wurden eingefangen und der Polizei übergeben.

Durch unterirdischen Kanal in den Neckar gespült

Ludwigsburg. (Iwb) Ein 17jähriger Junge wurde am vergangenen Samstag durch den rund 430 Meter langen Kanal des Tälesbaches bei Ludwigsburg-Hoheneck in den Neckar gespült.

Der Junge hatte zusammen mit zwei Männern am Eingang des Schachtes vor einem Gewitterregen Schutz gesucht. Plötzlich stieg jedoch infolge eines Wolkenbruches das Was-

Dunkles aus Karlsruhe

Karlsruhe. Ein auswärtiger Gewerbetreibender wurde festgenommen, weil er vor der kleinen Kirche auf betrügerische Art bettelt, indem er sich so auf seine Beine setzt, daß der Eindruck entstand, als habe er beide Beine verloren. Bei der Ueberprüfung wurde festgestellt, daß er mit einem neuen Kraftrad seine Bettelfahrten durchführt.

In der vergangenen Nacht stieg ein Dieb durch das offenstehende Fenster in eine Wohnung in der Richard-Wagner-Straße ein und stahl dort Ausstattungsgegenstände und einen kleineren Bargeldbetrag.

In der vergangenen Nacht wurde in der ehemaligen Dragonerkaserne ein Kiosk erbrochen und durchwühlt. Die Diebe entwendeten daraus Rauchwaren, sowie eine größere Menge Schokolade und Rauchfleisch. Daneben auch drei Flaschen Spirituosen. Vier der Tat verdächtige Ausländer wurden festgenommen.

Völkerkundliche Ausstellung in Mannheim

Mannheim. (Iwb) Im Mannheimer Zeughaus wird am kommenden Samstag eine Ausstellung mit den völkerkundlichen Sammlungen der Mannheimer Museen eröffnet. Die Schau wird u. a. 55 Plastiken und keramische Stücke aus China und Hochasien enthalten. Die Ausstellung ist bis zum 15. September geöffnet. Den völkerkundlichen Sammlungen der Städtischen Museen in Mannheim kommt besondere Bedeutung zu, da die Bestände der Berliner und Hamburger Sammlungen im Krieg vernichtet wurden.

Sie biß sich selbst in den Arm

Mannheim. (Iwb) Die Mannheimer Polizei hatte vor kurzem ein Mädchen wegen Trunkenheit festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Die Festgenommene brachte sich nach ihrer Verhaftung am rechten Oberarm so gefährliche Bißwunden bei, daß sie in ein Mannheimer Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Kunstgießermeister als Falschmünzer festgenommen

Schwäbisch Gmünd. (Iwb) In Schwäbisch Gmünd wurde dieser Tage ein 30jähriger lediger Kunstgießermeister wegen Münzverbrechens verhaftet. Der Festgenommene hatte in der Zeit vom 15. bis 30. Mai dieses Jahres falsche Fünfzig-Pfennig-Stücke hergestellt und einen Teil davon in den Verkehr gebracht. Mehrere der falschen Münzen konnten noch sichergestellt werden.

Stuttgart oder Offenbach - wer holt die Viktoria?

Ein Neuling und ein „Routinier“ im DFB-Endspiel im Olympia-Stadion

Von den beiden Mannschaften, die am Sonntag im Berliner Olympia-Stadion das Endspiel um die DFB-Meisterschaft bestreiten, sind die Offenbacher Kickers erstmalig im Finale um die höchste Trophäe des deutschen Fußballsports. Die Offenbacher standen meist im Schatten ihrer großen Frankfurter Lokalrivalen und hatten erst im vergangenen Jahre als süddeutscher Oberligameister erstmalig Gelegenheit, am Kampf um die „Viktoria“ teilzunehmen. Der erste Anlauf blieb im Vorfinale stecken, wo die Offenbacher durch den nachmaligen Meister VfR Mannheim ausgeschaltet wurden. Diesmal ist es ihnen gelungen, bis in das Endspiel vorzudringen und die Offenbacher dürfen nun die Hand nach dem höchsten Ziel ausstrecken.

Der VfB Stuttgart ist kein Neuling bei den Endspielen um die deutsche Fußballmeisterschaft und er hat bereits einmal im Finale gestanden. Das ist allerdings bereits 15 Jahre her, als die Stuttgarter in Köln dem Meister Schalke 04 das denkwürdige Spiel lieferten, in dem sie schließlich mit dem sensationellen Resultat 4:6 unterlegen. Einige Jahre darauf blieb der VfB Stuttgart dann im Vorfinale stecken und nun hat er sich wieder bis in das Endspiel durchgekämpft.

Das voraussichtliche Ergebnis des Endspiels im Berliner Olympia-Stadion voraus-

zugesand, dürfte etwas gewagt sein. Wenn auch so manche wichtigen Gründe für einen Sieg des VfB Stuttgart sprechen — trotzdem der VfB in beiden Meisterschaftsspielen den Offenbachern 1:4 und 1:2 unterlag — so hat doch der Verlauf der diesjährigen DFB-Runden einmal mehr bewiesen, daß beim KO-System Überraschungen besonders häufig sind und daß, weil die Tagesform entscheidend ist, eine über sich hinauswachsende Mannschaft die Chance hat, einen an sich besseren Gegner aus dem Felde zu schlagen. Das haben die Dellbrücker in Sachen VfR Mannheim bewiesen und beinahe wäre es ihnen auch mit Offenbach gelungen. Beim Abwägen der Chancen für das Endspiel wird man zugeben müssen, daß die beidseitigen Stürmerreihen sich wohl die Waage halten dürften, während in der Hintermannschaft die Stuttgarter ein kleines Plus für sich haben. Eine besonders hervorragende Tagesform des Offenbacher Sturms könnte dieses Plus aber ausgleichen oder gar übertreffen. Das Endspiel wird erstmalig wieder im Berliner Olympia-Stadion vor einer Rekordzuschauermenge von nahezu 100 000 ausgetragen. Wir erwarten bestimmt, daß beide Mannschaften sich entsprechend verhalten werden und so kämpfen, daß sie den süddeutschen Fußballsport würdig vertreten.

Der VfL Neckarau muß nach Heilbronn

Das Entscheidungsspiel um den Aufstieg zur süddeutschen Oberliga zwischen dem VfL Neckarau und Heilbronn ist für Samstag, 24. Juni nach Heilbronn angesetzt. Da Heilbronn Sitz eines Vereins der württembergischen Landesliga ist (Union Böckingen), so kann man eigentlich von einem neutralen Platz in diesem Entscheidungskampf Neckarau gegen den württembergischen Landesligameister eigentlich nicht sprechen. In Bezug auf die Entfernung vom Ort der beiden Gegner ist Heilbronn allerdings der am besten geeignete Platz und es dürfte wohl ein statliches Aufgebot von Anhängern den VfL nach Heilbronn begleiten.

Südbadischer Fußballverband wünscht gesamtbadische Amateurliga

Auf einer internen Sitzung des südbadischen Fußballverbandes sprachen sich die Vorstandsmitglieder einstimmig für die Bildung einer gesamtbadischen Amateurliga aus. Professor Glaser erklärte dazu, der Südbadische Fußballverband habe bereits entsprechende Verhandlungen mit Nordbaden aufgenommen.

Conen noch nicht frei

Der Allinternationale Edmund Conen, der von Bayer, Leverkusen, unter Vertrag genommen wurde und am 15. Juni sein Traineramt antreten sollte, wurde entgegen seiner Versicherung von den Stuttgarter Kickers noch nicht freigegeben.

Kongreß der Amateurboxer beendet

Der Kongreß des Internationalen Amateur-Boxverbandes schloß am Freitag in Kopenhagen mit einem Zwischenfall. Nach Beendigung der Tagesordnung schlug der sowjetische Delegierte vor, daß der gesamte Kongreß den Stockholmer Friedensappell unterschreiben sollte. Der Präsident lehnte den Vorschlag des sowjetischen Vertreters ab. Bei den Europameisterschaften 1951 soll ein außerordentlicher Kongreß abgehalten werden, während der nächste ordentliche Kongreß 1954 in Rom zusammenzutreten soll.

Zwei neue Gewichtsklassen im Boxen

Zwei neue Gewichtsklassen bei den Amateurboxern

Die beiden neuen Gewichtsklassen, Leichtweltergewicht und Schwerweltergewicht, zu den bisher üblichen acht Klassen hinzuzufügen, beschloß der Internationale Amateurboxverband auf seinem Kopenhagener Kongreß. Außerdem wurden einige Gewichtsgrenzen geändert. Die neuen Gewichtsklassen: Fliegengewicht (51 kg), Bantamgewicht (54 kg), Federgewicht (57 kg, früher 58 kg), Leichtgewicht (60 kg, früher 62 kg), Leichtweltergewicht (63,5 kg) Weltergewicht (67 kg), Schwerweltergewicht (71 kg), Mittelgewicht (75 kg, früher 83 kg), Halbschwergewicht (81 kg, früher 80 kg), Schwergewicht (über 81 kg, früher 84 kg).

Internationale Leichtathletik-Kämpfe in Stuttgart

Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Eisenbahner-Sportvereins Rotweiß Stuttgart findet am Sonntag im Stuttgarter Neckarstadion ein Großes Internationales Leichtathletiksportfest statt, bei dem sich erstmals nach dem Kriege Vertreter von fünf Nationen ein Stelldichein geben werden. Eisenbahnersportler aus Finnland, Schweden, der Schweiz, Oesterreich und Deutschlands Spitzenkämpfer treffen dabei aufeinander. Die ausländischen Sportler haben größtenteils internationales Format, so daß mit spannenden Kämpfen zu rechnen sein wird.

Badische Kraftsport-Meisterschaften erneut verschoben

Wegen Terminüberschneidungen mußten die badischen Kraftsport-Meisterschaften, die für den 2. Juli in Karlsruhe ausgeschrieben waren, zum dritten Mal verlegt werden. Die Teilkämpfe finden nunmehr am 12. und 13. August auf dem Germania-Sportplatz in Karlsruhe statt.

Am ersten Tag der großen Duisburger Ruderregatta siegte Etuf Essen im Wedau-Achter in 6:33 Minuten vor dem Kölner RV in 6:33,9 und dem Kölner Klub für Wassersport in 7:02 Min.

Meisterschaften der „Solidarität“

Mannheim, 98:25 Min., 2. Fr. Dewald, Mannheim, 98:26 Min., 3. Fritz Krimme, Wallstadt, 98:27 Min.

Schertle an der Spitze

Der zweite Lauf zur Ermittlung einer Nationalmannschaft

In Dudenhofen wurde der zweite Lauf der stärksten deutschen Bahnamateure zur Ermittlung einer Nationalmannschaft zur Erinnerung an den Triumph der süddeutschen Amateure. Bei einwandfreien Bahn- und Witterungsverhältnissen und vor über 5000 Zuschauern entwickelten sich harte Kämpfe. Schertle (Stuttgart), der im Fliegerlauf von der Kölner Phalanx auf den letzten Platz verwiesen wurde, revanchierte sich im 500-m-Zeitfahren und holte sich 12 Punkte. Den Flieger-Endlauf fuhr der deutsche Verfolgungsmeister Schäfer allein gegen Trost und Westerhold, die er in bestechender Form auf die Plätze verwies. Im Punktefahren für Nichtplacierte siegte der Frankfurter Intra vor Grunewald (Wiesbaden) und Klehr (Friesenheim).

Nach den beiden ersten Läufen (Mannheim und Dudenhofen) bilden folgende Fahrer die Nationalmannschaft der Bahn: 1. Schertle (Stuttgart) 28 Punkte; 2. Schäfer (Frankfurt) 27; 3. Barth (Wiesbaden) 20; 4. Trost (Köln) 20; 5. Westerhold (Köln) 19; 6. Grunewald (Wiesbaden) 18; 7. Cremer (Köln) 15; 8. Intra (Frankfurt) 14; 9. Tabatt (Köln) 13; 10. Kaufmann (Mannheim) 13.

Privatspiele der Landesliga

ASV Feudenheim — Ph. Ludwigshafen 0:1

Das in der vergangenen Woche der Witterung zum Opfer gefallene Spiel des badischen Landesligisten wurde am Mittwoch nachgeholt und brachte den Feudenheimern mit der knappen Niederlage von 0:1 gegen den Oberligaverein von Südwest. Das Spiel hatte in der ersten Halbzeit kein sonderliches Niveau, da die Feudenheimer zunächst nicht zu den in den letzten Spielen gezeigten Leistungen kamen und auch die Gäste aus Ludwigshafen sich noch zurückhielten. Als dann aber gleich nach der Pause der Phoenix-Sturm, in dem neben Dattinger sich der linke Flügel Oster-Ott auszeichnete, nach stürmischen Angriffen durch Ott ein Tor erzielte, lebte der Kampf stark auf und auch die Feudenheimer benannten nun das Tor der Ludwigshafener mit Elan aber ohne Erfolg. Stetzicky hatte mit einem Lattenstoß Pech und so konnten die Ludwigshafener den knappen Sieg halten.

VfR Mannheim — TS 46 Mannheim 6:1

Der VfR bestritt dieses Privatspiel gegen